

Abfindung	Zahlungen in Höhe von 3000 D-Mark durch die Regierung des wiedervereinigten Deutschlands an vietnamesische Vertragsarbeiter*innen, wenn sie in ihr Heimatland zurückkehrten. Die Regierungsabkommen als Grundlage für die Vertragsarbeit waren nach dem Zusammenbruch der DDR hinfällig und man versuchte so, die Menschen zur Rückkehr nach Vietnam zu bewegen.
Abschiebung	Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung der Ausreisepflicht einer Person. Abschiebungen können erfolgen, wenn kein rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland besteht, z.B. wenn ein Asylantrag abgelehnt wurde.
Asyl	Schutz, den eine Institution (z.B. ein Staat) Personen gewähren kann, welche etwa aufgrund von Verfolgung, Krieg oder Bürgerkrieg aus einem Land fliehen.
Aufenthaltserlaubnis	Amtliche Berechtigung für eine Person, um sich in einem Land aufzuhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzt.
Bleibeperspektive	Aussicht für Menschen mit Migrationserfahrung, rechtlich gesehen dauerhaft im Land bleiben zu dürfen.
Boat People	Menschen, die vorrangig aus Südvietnam stammen, und in der Nachkriegszeit bis in die Mitte der 80er Jahre über das Südchinesische Meer aus dem Land flohen. Von schätzungsweise 1,3 Millionen Geflüchteten starben rund 500.000 auf dem offenen Meer. Die BRD nahm etwa 38.000 von ihnen als Kontingentflüchtlinge auf. Sie bildeten eine eigenständige vietnamesische Community, die unabhängig von den Vertragsarbeiter*innen der DDR existierte. Die Identifizierung mit Nord- und Südvietnam bzw. Kommunismus und Antikommunismus wirkte aufgrund der konfliktreichen Geschichte bei vielen auch nach der Wende fort. Mit dem Heranwachsen der jüngeren Generationen der Vietdeutschen verliert diese Unterscheidung aber zunehmend an Bedeutung.

<p>Chinesisch-Vietnamesischer Grenzkrieg</p>	<p>Kampfhandlungen zwischen Vietnam und China entlang der Grenze beider Länder vom 17. Februar bis zum 16. März 1979, bei der auf beiden Seiten je nach Schätzung jeweils 25.000 bis 30.000 Menschen starben. Beide Seiten beanspruchten den Sieg für sich, nachdem die chinesischen Truppen von vietnamesischem Territorium abgezogen waren. Anlass war der Krieg zwischen Vietnam und der mit China verbündeten Roten-Khmer-Regierung in Kambodscha. Noch bis in die 1980er kam es immer wieder zu Grenzverletzungen zwischen China und Vietnam.</p>
<p>Diaspora</p>	<p>Meint ursprünglich eine Gruppe von Menschen, die ihre Heimat unfreiwillig verlassen haben und über mehrere Regionen verstreut wurden (bspw. die jüdische Diaspora). Heute wird der Begriff zunehmend als Synonym für Gruppen von Migrant*innen verwendet, die aus demselben Herkunftsland stammen und zu diesem Land sowie untereinander weiterhin mehr oder weniger enge Beziehungen pflegen.</p>
<p>Familienzusammenführung/ Familiennachzug</p>	<p>Nachzug von Familienangehörigen einer Person nach Deutschland. So können rechtlich anerkannte Asylbewerber*innen ihre Kernfamilien nach Deutschland holen. Der Prozess basiert auf der Verankerung des Schutz von Ehe und Familie im Grundgesetz.</p>
<p>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</p>	<p>Abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Eine in diesem Sinne menschenfeindliche Haltung kann sich in ausgrenzender oder gewalttätiger Handlung zeigen, kann in der Gestaltung von diskriminierenden Regeln und Prozessen in Institutionen und in den Aufbau von diskriminierenden Strukturen münden.</p>
<p>Hồ Chí Minh</p>	<p>Kommunistischer Führer der vietnamesischen Unabhängigkeitsbewegung Việt Minh, die gegen die französische Kolonialherrschaft und später gegen den westlich orientierten Süden Vietnams sowie die USA kämpften. Rief 1945 im Norden des Landes die Demokratische Republik Vietnam aus und wurde ihr erster Präsident. Gilt heute in weiten Teilen des Landes als Gründervater des modernen Vietnams.</p>
<p>Indochinakrieg</p>	<p>Auch als Erster Indochinakrieg oder Französischer Indochinakrieg bezeichnet. Krieg zwischen der französischen Kolonialverwaltung in Südostasien (damals Indochina) und der Unabhängigkeitsbewegung der Viet Minh unter Führung von Ho Chi Minh von 1946 bis 1954.</p>

Indochinakonferenz	Friedenskonferenz in Genf, in der am 21. Juli 1954 die Teilung Vietnams entlang des 17. Breitengrades beschlossen wurde. Die Folge war ein französisch beeinflusster und damit westlich orientierter Süden und ein kommunistisch orientierter Norden.
Integration	„Integration ist ein langfristiger Prozess, der zum Ziel hat, alle Zugewanderten, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, in die Gesellschaft einzubeziehen. Ziel der staatlichen Integrationspolitik ist es, Zugewanderten die gleichen Chancen auf Teilhabe im wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich wie der Mehrheitsgesellschaft zu ermöglichen. Hierfür ist das Erlernen der deutschen Sprache sowie Kenntnis und Respektierung der Gesetze essenziell. Gleichzeitig muss den Zugewanderten ein gleichberechtigter Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht werden.“
Mauerfall	Am 9. November 1989 erfolgte unbeabsichtigt die Verkündung der Öffnung der Berliner Mauer und massiver Reiseerleichterungen bei einer Pressekonferenz der SED-Verwaltung. Tausende Menschen sammeln sich in der Nacht zum 10. November an der Mauer und werden trotz angespannter Stimmung von den Grenzkontrollen durchgelassen. Der Mauerfall wird mit dem Ende der DDR als Staat gleichgesetzt und steht symbolisch für den Zusammenbruch des SED-Regimes. Ein Jahr später ist Deutschland offiziell vereint.
Migrationshintergrund	Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer*innen, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedler*innen sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen.
Migrationserfahrung	Menschen mit eigener Migrationserfahrung sind im Ausland geboren und selbst nach Deutschland zugewandert. Bei Familien mit eigener Migrationserfahrung trifft dies auf mindestens einen Elternteil der Familie zu. Entsprechende Personen werden auch Personen erster Migrationsgeneration genannt, Personen ohne eigene Migrationserfahrung hingegen werden als Personen zweiter beziehungsweise dritter Migrationsgeneration bezeichnet.

Neonazis	Anhänger einer ideologischen Ausrichtung des Rechtsextremismus, die sich am historischen Nationalsozialismus (1920-1945) orientiert. Dieser bildet die Grundlage der neonazistischen Weltanschauung, die von den Ideologieelementen Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus geprägt ist. Neonazis streben einen autoritären Staat nach dem Führerprinzip an. Historische Tatsachen werden in revisionistischer Weise bis hin zur Holocaustleugnung umgedeutet.
Nguyen	Weit verbreiteter vietnamesischer Familienname. Rund 40 Prozent der Vietnamesen tragen diesen Nachnamen. Er ist auf die Nguyen-Dynastie von 1802 bis 1945 zurückzuführen.
Niederlassungserlaubnis	Ein Aufenthaltsstatus nach dem seit dem 1. Januar 2005 geltenden Aufenthaltsgesetz. Im Gegensatz zur Aufenthaltserlaubnis ist sie ein unbefristeter Aufenthaltstitel. Sie berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit und ist räumlich unbeschränkt.
Nordvietnam	Die Demokratische Republik Vietnam, die 1945 im Norden des heute vereinten Vietnams vom kommunistischen Unabhängigkeitsführer Hồ Chí Minh ausgerufen wurde. Das Land stand bis 1975 im Krieg mit dem ideologisch verfeindeten Südvietnam, der französischen Kolonialherrschaft und den USA. Im April 1975 eroberte der Norden den Süden und einte das Land unter kommunistischer Herrschaft.
Pogrom von Rostock Lichtenhagen 1992	Mehrtätiges rassistisch motiviertes Pogrom im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen vom 22. bis zum 26. August 1992. Die Angriffe richteten sich gegen die Menschen in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) und in einem Wohnheim lebende ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter*innen im sogenannten Sonnenblumenhaus. Versagen in Verwaltung und Politik verhinderten ein zügiges Eindämmen des Pogroms.
Provinz	Verwaltungseinheit in Vietnam – Vietnam ist in 58 Provinzen unterteilt.

<p>(Alltags-)Rassismus</p>	<p>Ideologie der Ungleichwertigkeit. Sie teilt die Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen oder realen Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder ethnischen Zugehörigkeit in verschiedene Gruppen ein und weist diesen unveränderliche, meist negative Eigenschaften oder Handlungen zu. Ihrer eigenen Gruppe sprechen Rassist*innen meist eine natürliche Überlegenheit zu und leiten daraus das Recht zur Benachteiligung anderer ab. Diskriminierung bis hin zu Gewalt werden so gerechtfertigt. Kann sich auch subtil im alltäglichen Leben durch verschiedene Arten der Ausgrenzung äußern. Alltagsrassismus ist dabei nicht immer mit böswilliger Intention verbunden, und es ist den Beteiligten oft nicht bewusst, dass es sich um Rassismus handelt. Beispiele sind Aussagen wie „Wo kommst du her?“, „Bei uns hier macht man das anders.“ o.ä. Äußerungen, die eine Zuschreibung von Andersartigkeit herbeiführen, ein „wir“ und „ihr“ erzeugen und dadurch ausgrenzen.</p>
<p>Schwangerschaftsverbot</p>	<p>Während der Vertragsarbeit war die Integration und die Familiengründung von Vietnames*innen in der DDR nicht erwünscht. Entsprechende Regelungen wurden im Vertragsarbeiterabkommen zwischen der DDR und Vietnam festgelegt. Wurden Vertragsarbeiterinnen schwanger, stellte man sie vor die Wahl, abzutreiben oder auszureisen.</p>
<p>Selbständigkeit</p>	<p>Aufgrund der erschwerten Verhältnisse der Nachwendzeit, die für die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen durch Arbeitslosigkeit, einen ungeklärten Aufenthaltstitel und Perspektivlosigkeit geprägt waren, entschieden sich viele für die berufliche Selbständigkeit. Vietnames*innen, die nicht zurück nach Vietnam gingen, verkauften häufig auf dem Markt Waren, wie CDs, Kleidung, Obst oder Gemüse. Damit sicherten sie sich ein regelmäßiges Einkommen, das sie bei den Behörden vorweisen konnten, um sich ihren Aufenthalt zu sichern.</p>

<p>Skinhead</p>	<p>Jugendszene, die ursprünglich aus der Arbeiterklasse in England kommt und sich in den 1970ern entwickelte. Gesellschaftskritik und kurz geschorene Haare in Ablehnung an das Hippietum und im Mainstream beliebte Langhaarfrisuren waren das Markenzeichen. Die Szene wurde im Laufe der Jahre immer heterogener und brachte sowohl linke als auch rechte Skinheads hervor, die untereinander verfeindet waren. Letztere waren in den 90ern und Anfang 2000er in der Öffentlichkeit sehr präsent, so dass der Begriff „Skinhead“ fälschlicherweise synonym mit „Neonazi“ genutzt wurde. Heute gelten in Deutschland rund ein Drittel der sich zur Szene zählenden Skinheads als rechtsextrem. Der Rest sieht sich entweder als unpolitisch aber anti-bürgerlich oder als links und antirassistisch.</p>
<p>Sprachkurs</p>	<p>In der ersten Zeit nach der Ankunft, wurde Vertragsarbeiter*innen eine Eingewöhnungszeit von 4–12 Wochen gewährt, in der sie einen zwei- bis dreimonatigen Sprachkurs belegen mussten, der parallel von einem arbeitsbezogenen Grundmethodentraining ergänzt wurde. Für die Dauer des Sprachkurses wurde der Mindestlohn von 400 Mark gezahlt. Ziel des Sprachkurses war lediglich der Erwerb von Grundkenntnissen der deutschen Sprache und der am Arbeitsplatz notwendigen Begriffe, um sprachliche Verständigung im Arbeitsprozess zu gewährleisten. Das erreichte Sprachniveau reichte jedoch meist nur für eine einfache Verständigung im Arbeitsalltag aus. Durch die gezielte Abschottung der Arbeitsmigrant*innen ergaben sich wenige Möglichkeiten, um die erlangten Sprachkenntnisse anzuwenden. Der schwere und intensive Arbeitsalltag erforderte viel Energie, so dass keine Zeit für Weiterbildung blieb. Zudem gab es für viele keinen großen Anreiz, die Sprache angesichts der vorgesehenen Rückkehr weiterhin im Alltag anzuwenden.</p>
<p>Staatsbürgerschaft</p>	<p>Auch Staatsangehörigkeit; bezeichnet die rechtliche Zugehörigkeit einer Person zu einem Staat. Ist ein Rechts- und Schutzverhältnis zwischen einer natürlichen Person und einem Staat, aus dem sich bestimmte Rechte und Pflichten, wie etwa Wahlrecht und Steuerpflicht ergeben.</p>

<p>Struktureller Rassismus</p>	<p>Auch institutioneller Rassismus. Dieser geht von Institutionen der Gesellschaft, von ihren Gesetzen, Normen und ihrer internen Logik aus, unabhängig davon, ob Akteur*innen innerhalb der Institutionen absichtsvoll handeln oder nicht. Er zeigt sich durch Ausgrenzung, Benachteiligung oder Herabsetzung in gesellschaftlich relevanten Einrichtungen, etwa bei der politischen Beteiligung, im Bildungssystem, im Gesundheitssystem, vor Gericht, auf dem Arbeitsmarkt oder auf dem Wohnungsmarkt.</p>
<p>Südvietnam</p>	<p>Bezeichnung für eine Reihe historischer Staaten im Süden des heutigen Vietnams, die sich am Westen orientierten – von 1949 bis 1955 Staat Vietnam (Quốc gia Việt Nam), danach bis 1975 Republik Vietnam (Việt Nam Cộng Hòa). Letztere ging aus der Teilung des Landes nach dem Ende der französischen Kolonialherrschaft hervor und war während des darauffolgenden Krieges mit den USA verbündet.</p>
<p>Tonkin-Zwischenfall</p>	<p>2. bis 4. August 1964: Die USA entsenden inoffiziell Kriegsschiffe in die Gewässer vor Nordvietnam, um ihre südvietnamesischen Verbündeten während des Bürgerkrieges durch Sabotageaktivitäten zu unterstützen. Nordvietnamesische Boote entdecken die Schiffe, so dass es zu einem Feuergefecht kommt. Die Meldung über einen angeblichen zweiten Vorfall wird von Washington als Anlass genutzt, um Nordvietnam offiziell den Krieg erklären zu können. Luftangriffe kurze Zeit später und die Entsendung von Bodentruppen im Folgejahr sind das Resultat.</p>
<p>US-Sanktionen</p>	<p>Wirtschaftssanktionen, die die USA während des Krieges über Nordvietnam verhängten und nach dem Sieg der nordvietnamesischen Kommunisten über den Süden verschärften. Mit ihrem Veto-Recht in den Vereinten Nationen verhinderte die USA zudem mehrmals die internationale Anerkennung des wiedervereinigten Vietnams, so dass auch ausländische Hilfsleistungen blockiert wurden. Die Folge war ein von Kriegsschäden und einer extrem schwachen Wirtschaft geplagtes Nachkriegsvietnam.</p>
<p>Vertragsarbeiterabkommen</p>	<p>Am 11. April 1980 zwischen der DDR und der Sozialistischen Republik Vietnam geschlossenes Abkommen zur Entsendung von vietnamesischen Arbeitskräften nach Ost-Deutschland. Die DDR versuchte damit, den Arbeitskräftemangel im Land auszugleichen. Bis zur Wende lebten 60.000 vietnamesische Vertragsarbeiter*innen in der DDR. Auch mit Ländern, wie Polen, Mosambik und Ungarn gab es solche Abkommen.</p>

Vietnamkrieg	Bezeichnet umgangssprachlich die militärische Auseinandersetzung zwischen Nord- und Südvietnam, in der die USA offiziell ab 1964 auf der Seite Südvietnams eingriffen, um die Ausbreitung kommunistischer Einflüsse in Südostasien zu verhindern.
Wende	Prozess der Transformation in der DDR von Herbst 1989 bis Herbst 1990.
Wohnheim	Vietnamesische Vertragsarbeiter*innen kamen in der DDR in Wohnheimen unter, in denen sie sich meist zu zweit oder zu viert ein Zimmer teilten. Die Heime waren nach Geschlechtern getrennt.
Vietdeutsche	Eine alternative Bezeichnung für „Deutsch-Vietnames*innen“. Zusammen mit Begriffen wie „Vietnamesische Deutsche“ oder „Vossis“ handelt es sich um wandelbare und kontextbezogene Selbstbezeichnungen, um sich begrifflich in Deutschland einzurichten und die Erfahrungen der Diaspora zur Sprache zu bringen.
Vietdeutsche der zweiten Generation	Vietnames*innen bzw. Deutschvietnames*innen/Vietdeutsche, die als Kinder von ehemaligen Vertragsarbeiter*innen oder Boat People in Deutschland geboren, aufgewachsen und sozialisiert sind. Oft sind sie sowohl durch kulturelle und gesellschaftliche Einflüsse der vietnamesischen Eltern als auch der deutschen Umgebung geprägt.
Vietnamesischer Bürgerkrieg	Nach der Teilung Vietnams 1954 wurde Ngô Đình Diệm, Präsident der neuen Republik Vietnam im Süden des Landes. Er kam mithilfe der USA an die Macht und herrschte von 1955 bis 1963 mit diktatorischen Mitteln. Spannungen und Konflikte nahmen unter seiner Herrschaft zu und lösten einen Bürgerkrieg in der Republik aus und Diệm bei einem Militärputsch durch abtrünnige Generäle abgesetzt und erschossen wurde. Die kommunistische <i>Nationale Front für die Befreiung Vietnams</i> (auch: <i>Vietcong</i>) und Regierungstruppen lieferten sich trotz des Machtwechsels weiterhin Gefechte. Massive Destabilisierung des Landes war die Folge. Ein Jahr später griffen die USA in den Krieg ein, um den Süden im Kampf gegen den Vietcong und verbündete Truppen aus dem Norden zu unterstützen.

Zwei-Kind-Politik	Nach dem Ende des Vietnamkrieges explodierte Vietnams Bevölkerung. Schlechte wirtschaftliche Aussichten und Nahrungsknappheit zwangen die Regierung Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dazu zählten Maßnahmen, durch die Familien dazu bewogen werden sollten, nicht mehr als zwei Kinder zu bekommen. Eine gesetzliche Verankerung gab es nicht. Vielmehr wurden administrative Maßnahmen erlassen. So konnten beispielsweise Angestellten Beförderungen verwehrt oder ihnen Kündigungen ausgesprochen werden, wenn sie ein drittes Kind bekommen. Seit 2010 dürfen Eltern ein drittes Kind bekommen, wenn sie gewisse Voraussetzungen erfüllen. Anstatt die maximale Kinderzahl vorzugeben, bewegt die Regierung die Vietnames*innen zur Gründung von Kleinfamilien.
--------------------------	--



Quellen: siehe <https://bildung-lebenswege.de/glossar/>

